

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Deutschland



erschien an jedem Wochentag nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Die Anzeigen werden nach Billigstern berechnet. Die Drucke werden für den Vertrieb in alle Städte Deutschlands. Druck- und Verlagsanstalt: Halle a. S., Postfach 24. Druck- und Verlagsanstalt: Halle a. S., Postfach 24. Druck- und Verlagsanstalt: Halle a. S., Postfach 24.

Eine dritte Balkanreise.

Bandenbildung an der serbisch-bulgarischen Grenze.
Sofia, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die bulgarische Regierung hat erlassen, daß eine starke jüdisch-slawische Truppenabteilung an der bulgarisch-serbischen Grenze zusammengezogen wird, um, wie von jüdisch-slawischer Seite erklärt wird, den Uebertritt von Komitistabanden zu verhindern. Die bulgarische Regierung betont auf das Entschiedenste, daß sie eine Bildung von Banden auf bulgarischem Gebiet nicht zulassen wird, und daß alle Maßnahmen mit den ihr zur Verfügung stehenden geringen militärischen Kräften getroffen werden sind, um jeglichen Versuch einer Bildung von Banden und ihren Uebertritt auf jüdisch-slawisches Gebiet zu verhindern.

Alle Maßnahmen, die von Balkan kommen, so sind auch die über den dritten Balkanfrontzug zunächst nicht verwirklicht. Trotzdem scheint sich zu etwas wie eine neue Krise herauszubilden zu haben. Wir berichten schon vor Tagen über die Bandenbildung in Süditalien. Heute liegen darüber außer der obenstehenden noch folgende Nachrichten vor.

Paris, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Temps“ kennezeichnet die serbisch-bulgarische Krise mit folgenden Feststellungen: Die jugoslawische Regierung ist davon unterrichtet worden, daß bulgarische Banden einen Einfall auf serbisch-mazedonisches Gebiet planen. Dieser Einfall war für den 10. September geplant. Er kam aber auf den 20. September verschoben worden. Um jeden Konflikt zu vermeiden, hat die jugoslawische Regierung eine Note nach Sofia geschickt, in der der bulgarischen Regierung eine Note mitteilt, daß die jugoslawische Armee diese Banden nicht dulden wird, falls sie auf bulgarisches Gebiet verfallen würde. Die bulgarischen diplomatischen Beamten heute bei allen Entente-Regierungen eine Demarche unternommen.

Paris, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Athen wird gemeldet: Die Zahl der auf serbischem Gebiet operierenden wohlwollendsten Komitistabteilungen wird auf 8000 geschätzt; sie stehen nach der bulgarischen Grenze. Die serbischen Truppen sind in der Nähe der bulgarischen Grenze. Die serbischen Truppen sind in der Nähe der bulgarischen Grenze. Die serbischen Truppen sind in der Nähe der bulgarischen Grenze.

Der Waffenrückzug nach Bulgarien.

Paris, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der „Temps“ gestern abend meldet, hat die amerikanische Regierung in Washington auf öffentliche Informationen darüber erhalten, daß von gewissen Waffenspenden aus Waffen für Bulgarien verladen worden sind, die über das Schwarze Meer in das Land eingeschmuggelt werden. Bisher wurden nach Bulgarien geschätzt: Munition, 250 000 Gewehre, 600 Geschütze, 30 000 Scherzpatronen, 4000 Maschinengewehre und 30 000 Waffenschilder, obwohl nach dem Vertrage von Neu-Stra die Schaffung einer bulgarischen Armee auf ein bestimmtes Maß beschränkt ist. Der General Zagoroff, der Chef der bulgarischen Armee, soll gemeinsame Verbindungen mit den mazedonischen Irredentisten unterhalten und beschließen, deren Aktionen mit regulären Truppen zu unterstützen. Die Irredentisten werden mit einem Mittel, keine Waffen mehr zu beschaffen, sich warten lassen, da angeblich Kuffeln nicht mehr in die Türkei gelangt. Bereits sehr ungeschaffen ist und gedroht haben soll, ihnen seine Unterstützung zu entziehen, wenn sie nicht sofort etwas unternehmen.

Die Flumetfrage.

Erklärung einer italienischen Generalversammlung in Rom.
Rom, 17. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Messagero“ ist davon überzeugt, daß die italienisch-jugoslawischen Verhandlungen auf einem Punkte angelangt sind, der eine neue, nicht entscheidende Lösung des geläufigen Problems in Aussicht stellt. Das Wort „abstinent“ hat diese Lösung mit einem Gelände die Atmosphäre entspannen wird. Allerdings werde gerade jetzt in Belgien von ultranationalistischer Seite eine neue, nicht entscheidende Lösung des geläufigen Problems in Aussicht stellt. Das Wort „abstinent“ hat diese Lösung mit einem Gelände die Atmosphäre entspannen wird. Allerdings werde gerade jetzt in Belgien von ultranationalistischer Seite eine neue, nicht entscheidende Lösung des geläufigen Problems in Aussicht stellt.

Rom, 17. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Ministerpräsident der Konstantine von Rumie hat, wie gemeldet, sein Amt niedergelegt. Er behauptete keinen Einfluß mit dem Hinweis auf die unerschütterlich gemordete mitschlechte Lage der Nation. Die Regierung hat den Entschluß des Ministerpräsidenten De-Poli zur Kenntnis genommen und um provisorischen Verweigerung des Staates hat General Jardine ernannt. Dieser Kontrolle übernommen werden sollte, wird beschließen, daß die öffentliche Ordnung zu bekräftigen. Dieser Verzicht wurde der belgarischen Regierung und allen europäischen Regierungen mitgeteilt. Eine offizielle römische Verlautbarung deutet an, daß die Verhandlungen mit Jugoslawien weitergehen und daß ab sofort sein Grund zu irrendwelder Beurteilung ist. Die italienische wie die belgarische Regierung seien ebenfalls entschlossen, weiter über Rumie zu verhandeln, ohne die Vermittlung eines Dritten in Anspruch zu nehmen.

London, 17. September. (Eigene Drahtmeldung.) Heber den gemeinsamen Stand der Verhandlungen bezieht „Times“ glaubt der römische Mitarbeiter der „Daily Mail“ folgende Aussagen machen zu können: Der frühere Plan, wonach die Vermählung der Stadt Rumie von einer gemischten Kommission unter italienischer Kontrolle übernommen werden sollte, wird beschließen, daß wir an Stelle des Hafens Baros der Hafen von Rumie, der während 90 Jahren mit Italien unerschütterlich verbunden bleiben sollte, den Serben unter gewissen Bedingungen übergeben. Sowohl Jugoslawien wie Italien began die Hoffnung, daß die Verhandlungen, die in ungeläufiger einer Woche beginnen sollen, von Erfolg gekrönt sein werden.

Der Konflikt „erledigt“.

Genf, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Völkerverbund hielt eine öffentliche Sitzung ab, in der er den arabisch-italienischen Konflikt infolge der italienischen Erklärung und dem

zufälligen Note der Völkerverbundkonferenz als erledigt erklärte. Eine prinzipielle Entscheidung über die Komplexfrage behält sich der Rat vor. Es wurde an die Völkerverbundkonferenz eine Note gerichtet, in der der Völkerverbund den Entschluß der italienischen Völkerverbundkonferenz bekräftigt und seine Beibehaltung über die grundsätzliche Beilegung eines Streitfalles ausbrüht, der ernste Beziehungen in sich schloß.

Die Währungsreform.

Pläne des Reichsfinanzministers.
Berlin, 18. September. (Eig. Drahtmeldung.) Vom Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt, daß die Arbeiten für die Schaffung eines wertbeständigen Geldes soweit gefördert sind, daß der Entwurf vorliegt.

Die Reichsbank wird von den Staatsfinanzen völlig losgelöst und dadurch in den Stand gesetzt, die Funktionen einer Goldnotenbank für das Wirtschaftsgeld im vollen Umfange zu erfüllen. Reichsbanknoten werden bei der Reichsbank nicht mehr distinktiert, so daß dann eine ungedeckte Verrechnung des Papiermarkumlaufes nicht mehr stattfindet.

Für eine Uebergangszeit bis zur Balancierung des Reichshaushaltes gibt eine neu zu schaffende Bank Noten aus, die durch eine Golddeckungspflicht der privaten Wirtschaft, Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken auf Grund des Mehrheitsbeschlusses gesichert werden. Diese Noten werden geleihliche Zahlungsmittel. Die Papiermark wird Schreibemittel der neuen Noten, in der sie zu einem bestimmten Kurs einlösbar sein wird. Gleichzeitig wird nach einem bereits vorliegenden Finanzprogramm die strengste Einschränkung der Ausgaben im öffentlichen Haushalt erfolgen. Bei der Wertbeständigkeit der Einnahmen wird eine größere Ertragskraft der Steuerquellen und damit eine fortgeschrittene Deckung der Ausgaben erzielt werden.

Gegen Steuerabgabe.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten.
Berlin, 17. September. Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

1. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen den Zweck der Verächtlichmachung oder Verhöhnung beabsichtigt, aufzuleben oder anzureizt, eine Steuerpflicht oder der öffentlichen rechtlichen Verpflichtung zur Leistung von Geld oder Geldwert an das Reich, die Länder oder Gemeinden (Gemeindeverbände) nicht zu erfüllen oder die Durchführung der Vorschriften über diese Pflichten auf andere Weise zu hindern, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe anzuwenden ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Geldstrafe bestraft; das Höchstmaß der Strafe ist unbeschränkt.
2. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen zur Ausschaltung von Lebens- oder Futtermitteln, die zur Verächtlichmachung oder Verhöhnung beabsichtigt, aufzuleben oder anzureizt, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe anzuwenden ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Geldstrafe bestraft; das Höchstmaß der Strafe ist unbeschränkt.
3. In den Fällen der §§ 1 und 2 kann neben der Strafe an Geld oder an Geldwert eine öffentliche Verurteilung an Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist. Die Bekanntmachung kann auch öffentlichen Anschlag erfolgen. Die Vorschriften des § 2 Abs. 3 und der Verordnungsverordnung vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzblatt, Teil I, S. 700) gelten entsprechend.
4. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Regierung und Beamtenschaft.

Die neue Weisung für die Beamtenschaft.

Berlin, 18. September. Zwischen Reichsregierung und Beamtenschaft ist in der Gehaltsabfragefrage ein neuer Konflikt entstanden. Bei den jüngsten Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit Vertretern der Beamtenorganisationen und Gewerkschaften wurde von der Ansicht des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding Mitteilung gemacht, an Stelle der monatlichen Gehaltszahlungen das Einkommen monatlich einzuführen. Diese Aufbühnung bezeugte entschiedenem Widerspruch, der sich auf den Anspruch eines weiteren erheblichen Schritte auf dem Wege zum Abbau des Beamtensystems gründet. Eine planmäßige Abwehr der beabsichtigten Erneuerung ist im Gange.

Berlin, 17. September. (Eig. Drahtmeldung.) Bei den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium am 15. September über die Abgabe der Beamtenschaft an den veränderten Geldwert vom 18. September ab wurde die Weisung 2000 vereinbart. Die hierzu für das dritte Viertel des Monats September sich ergebende Zahlung soll am 19. September erfolgen. Alle näheren Angaben sind aus dem Reichsbildungsabteilungsrat ersichtlich. Der Haushaltsausschuß des Reichstages stimmte dem Regierungsantrag zu, der eine Erhöhung der Leistungspflicht für Beamte für das dritte Monatsviertel auf 100 000 Prozent festsetzt. Eine Entschließung des Abgeordneten Morath (DfP, Sp.) zur halbmonatlichen Zahlung zurückzuführen, wurde zurückgewiesen, nach dem Ministerialdirektor von Schlieben erklärt hatte, daß es sich diesmal um eine durch Mangel an Zahlungsmitteln gebotene Ausnahmeregelung handle. Von beidseitiger Seite wurde inwieweit Arbeit der Reichsbank und inwieweit Erlös der Dreifachemittel durch Wohnungsgeldzuschuß gefördert,

Die Roggennote.

Eine Gruppe von der Papiermark zur festen Währung?
Die nachdringenden Zeiten waren geschrieben, ehe die nebenstehende Mitteilung aus dem Reichsfinanzministerium über die Möglichkeit der Abkehrung für eine neue Währung bekannt wurde. Wie stellen sich die entgegen den letzten Beratungen der Regierung um doch der Plan einer vorübergehenden Roggenwährung fallen gelassen worden sein dürfte. Die Schrifttafel.

Das Verhalten der Regierung in der Frage der Einführung einer neuen Währung macht nicht gerade den Eindruck der Gradlinigkeit. Aber wer will deswegen einen Stein auf sie werfen? Der Zwang, das wir in irgendeiner Form aus von der Papiermark lösen oder zum mindesten den Druck erleichtern müssen, der auf der Papiermark liegt, ist unabweisbar und auch unüberwindlich; aber wie das am besten zu machen ist, darüber gehen die Meinungen meilenweit auseinander. Es ist wirklich kein Scherz, wenn man feststellt, daß von jeder Sachverständigen, die von der Regierung gehört wurden, mindestens zwei verschiedene Theorien entwickelt wurden, die in ihrer Form sich widersprechen. Dabei ist wohl kaum jemals ein Experiment gemacht worden, das vollstimmig auf sich zu unüberwindlichen Konsequenzen gewesen wäre; eine falsche Maßregel kann dazu führen, daß gerade die Nachteile, die wir bei der Papiermark beabsichtigen wollen, vertrieben und vergrößert werden, so daß schließlich der Schaden größer ist als der Nutzen. Voreiligkeit geht deshalb, wenn die Regierung jeden Schritt genau überlegt und lieber einen Tag länger zögert, als zu früh handelt, wenn die Verantwortung, die sie trägt, nimmt ihr nachher niemand mehr ab.

Nach langen Beratungen war das Kabinett schließlich zu dem Beschlusse gekommen, eine Goldnotenbank zu gründen, deren Ausgestaltung im einzelnen noch nicht feststand, die aber in der Art, wie sie vorgesehen werden sollte, offenbar nach russischem Muster gebaut war, weil die Papiermark nebenherlaufen und als Zahlungsmittel Gültigkeit behalten sollte, in ihrem Wert abnehmend und allmählich abgelehnt gegenüber der Goldnote, so nach dem durch die Vernehmung des Reichsbankpräsidenten herabgemeldet war. Dagegen hind nachträglich Bedenken gekommen, weil früher oder später diese Methode zu dem Verlust der Einführung eines Zwangskurses für die Papiermark führen muß, der aber von der Bevölkerung mit Ablehnung des ganzen Geldes beantwortet würde. So schon also diese Theorie klingt, in der Praxis rettet sie uns nicht und aus allen Schwierigkeiten, wie überhaupt das Währungsproblem erst gelöst werden kann, wenn es gelingt, das Gleichgewicht im Reichshaushalt herzustellen. Daran aber ist, solange der Nahrungstrieb dauert, nicht zu denken. Dieser Fortsetzung des Nahrungstriebes muß deshalb der Zweck einer endgültigen Schaffung einer stabilen Währung vorläufig geopfert werden.

Alls gilt es zunächst ein Zwischenadium zu schaffen, das den Vorbereitungen für die Einführung der Goldnote eine bestimmte Anlaufzeit läßt und nicht auf die Möglichkeit zielt, insofern die natürlichen Voraussetzungen einer gelunden Währung, die Steigerung der Einnahmen und die Senkung der Ausgaben, zu schaffen. Das ist die Einführung, von der aus die Reichsregierung auf den Gedanken einer Roggennotenbank zurückgegriffen hat, den sie in der vorangegangenen Woche eigentlich schon abgelehnt hatte, aus dem Bedenken heraus, die Inflationierung des Roggens als Vermehrung ist unüberwindlich, weil wir dadurch unter Umständen zum Spielball ausländischer Spekulationsmächte werden können. Beispielsweise hätten die Russen es in den Hand, indem sie uns 20 oder 30 Schiffe mit Roggen auf den Hals schänden und dadurch den Roggenpreis drücken, unsere ganze Währung über den Haufen zu werfen. Die Gefahr ist in diesem Jahre nicht so groß, weil die russischen Exportmöglichkeiten begrenzt sind, außerdem unsere eigene Ernte groß genug ist, um ausgleichend zu wirken.

Auf der anderen Seite sind die Vorzüge der Roggennoten unerschütterlich. Gerade die Landwirtschaft hat, nachdem wir schon letztes Jahr und Tag mit vorbeständigen Krediten auf dem Umwege über die Roggennotenbanken arbeiten, Vertrauen zu der neuen Zahlungsmittel und die Beamten der Betriebe die Parteilichkeit gen abgeben und die Beamten der öffentlichen am besten über die kritischen Wochen hinweg. Das Kabinett ist sich schließlich dahin schicklich geworden, daß die Gültigkeit dieser Roggennoten auf das laufende Endejahr beschränkt sein soll. Bevor also Erwartungen auf dem Weltgetreidemarkt uns unbenommen werden können, werden die Roggennoten in neue Goldnoten umgetauscht, und bis dahin haben wir meingentlich die Hoffnung, daß die Vorbereitungen für eine endgültige Stabilisierung unserer Währung geschaffen sind.

Krupp im Düsseldorf Gefängnis.

Düsseldorf, 18. September. (Eig. Drahtmeldung.) In Erwartung der Medlung, wonach Herr Krupp von Bohlen zusammen mit dem zugleich mit ihm in Krupp-Prozess Beurteilten und Inhaftierten demnachst in die zu diesem Zweck von der Straßensprengelbehörde des Gefängnisdirektors überlassen werden, erhöht die „Telegraph-Union“ ausseralltäglich: Die französische Vernehmung des Düsseldorf Gefängnisses hat nunmehr auf Drängen von neutraler Seite aus Paris die generelle Verfügung erhalten, die in der Krupp-Prozess Beurteilten nicht wie bisher als Strafgefangene, sondern nunmehr als politische Gefangene zu behandeln. Diese Verfügung ist nunmehr in die Handlung der französischen Behörden gelangt, die die Verhandlung der Krupp-Prozess Beurteilten in den Gefängnissen, nämlich Herr Krupp von Bohlen, drei Direktoren und das Betriebsrat der Krupp-Werke nicht mehr in Gefängniszellen, sondern in die Räume im Gefängnis nicht vorhanden waren, wurden von der französischen Behörde Räume eines Nebengebäudes, nämlich die Dienstuben des Gefängnisdirektors, befreit.

